Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

18 (21.1.1905) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 18. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 21. Januar 1905. 25. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 2 Blätter mit zusammen 8 Seiten.

Der Roman befindet sich im Zweiten Blatt.

Eine tolle Wirtschaft.

Der „Leipziger Volksztg." wird aus dem Reichstage geschrieben:

Die gröbliche Mißachtung, mit der die Reichsregierung den Reichstag behandelt, wird teilweise bis zur direkten Brüskierung der Volksvertretung getrieben, besonders in Fragen, die das Reichshätschelkind, die Kolonien, betreffen. Am Mittwoch gab es deshalb in der Budgetkommission wieder einmal „Krach", wobei die sonst loyalsten Budgetmänner dem Kolonialdirektor, als dem formell Verantwortlichen, wenig schmeichelhafte Dinge an den Kopf warfen. Die Regierung hat nämlich die Beschleunigung des Baues der sogenannten Otavi-Eisenbahn (von Karibib bis Omaruru in Südwestafrika in die Wege geleitet, der bauenden Firma Koppel für die Beschleunigung 1 750 000 Mark vertraglich zugesichert, und den größten Teil dieser Summe auch schon ausbezahlt, ohne die Genehmigung des Reichstags erhalten zu haben, der vielmehr erst jetzt im Nachtragsetat für Südwestafrika die Summe bewilligen soll. Schlimmer kann man ein Parlament und sein verfassungsmäßiges Budgetrecht kaum mißachten. Die Beschleunigung soll im militärischen Interesse zur Niederwerfung des Aufstandes notwendig sein, und wie der Kolonialdirektor gemütlich ausführte, hat die Regierung im Vertrauen darauf, daß der Reichstag schon zustimmen werde, den Vertrag im Juni vorigen Jahres abgeschlossen und die Gelder ausbezahlt.

Bei einem solchen für den Reichstag blamablen Vertrauen ist es nur zu verständlich, wenn es die Regierung nicht einmal für nötig erachtete, über den abgeschlossenen Vertrag — oder zur näheren Information über die angeblich vorliegende militärische Notwendigkeit auch nur ein Wort zu sagen. Es sei mit „maßgebenden" Personen gesprochen worden, wer diese sind, wird dem Reichstage natürlich nicht gesagt. Während nun die bürgerlichen Mitglieder der Budgetkommission nur mißbilligende Worte äußerten, verlangten die Sozialdemokraten Vorlegung des Vertrags und glatte Ablehnung der Forderung.

Der Abg. Lattmann machte die interessante Mitteilung, daß die Südwestafrikanische Kolonialgesellschaft an dieser Bahn sehr interessiert sei, und neulich auf der Generalversammlung die Verteilung einer 55prozentigen Dividende mit dem Bahnbau in Verbindung gebracht habe! Weit höhere Gewinne wurden in Aussicht gestellt. Lattmann verlangte durch einen Antrag, daß eine aus Vertretern des Reichstags, der Regierung, sowie aus Fachmännern und Juristen zusammengesetzte Kommission die Gesellschaftsverträge überhaupt einmal prüfen solle. Scharf ging der Abg. Südekum (Soz.) mit der Regierung ins Gericht, indem er darauf hinwies, daß die einzig maßgebenden Personen zur Beratung die Abgeordneten seien. Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung der Verträge sowie aller einschlägigen Schriftstücke einstimmig angenommen, die weitere Beratung und Beschlußfassung ausgesetzt.

Zu Vorarbeiten für eine Bahn von Windhuk nach Rehoboth wurden ebenfalls im Nachtragsetat für Südwestafrika 200 000 Mk. gefordert. Diese Bahn ist eine Fortsetzung der Strecke Swakopmund-Windhuk, während die Otavibahn eine Zweiglinie ab Karibib ist. Auch bei dieser Forderung ist von der Regierung in einer ebenso skandalösen Weise gegen den Reichstag verfahren worden, wie bei der Otavibahn. 65 Prozent der Summe von 200 000 Mark sind an die Baufirma Koppel schon ausgezahlt. Da kam auch des frommen Paasche Blut in Wallung; er beantragte Ablehnung der Forderung. Kolonialdirektor Stübel versuchte wiederum militärische Gründe ins Feld zu führen. Kriege werden heute auch mit Eisenbahnen geführt, und der Aufstand im Süden habe in Sicht gestanden, nur der Zeitpunkt sei unklar gewesen. Die projektierte Bahn sei aber auch von großem Einfluß auf die jetzigen militärischen Operationen. Darum habe man rasch handeln müssen. Notwendig sei weiter, die Linie bis Gibeon und Keetmanshoop auszubauen (das sind 500—600 Kilometer). In der Diskussion wurde nun das Verhalten der Regierung von beinahe allen Rednern in scharfer Weise verurteilt. Man war der Ansicht, der Kolonialdirektor habe mit seinen Ausführungen die Position der Regierung enorm verschlechtert. Es war ein leichtes, der Regierung nachzuweisen, daß Vorbereitungen zu einer Bahn für die gegenwärtigen militärischen Operationen völlig wertlos sind. Die Forderung im Interesse militärischer Operationen zu begründen, habe nur dann Sinn, wenn damit gerechnet werde, daß der Kriegszustand in Südwestafrika noch viele Jahre andauere. Aber selbst dann sei die Sache fragwürdig, weil während des Aufstandes an den Bau ja gar nicht gedacht werden könne. Direkt unerhört sei es aber, wie Abg. Singer erklärte, wenn die Regierung dem Bahnbau im Interesse militärischer Operationen so große Bedeutung beimesse und es trotzdem nicht einmal für notwendig erachtete, den Reichstag einzuberufen. Angesichts einer solchen Handlungsweise der Regierung sei Ablehnung der Forderung die richtige Antwort. Der Kolonialdirektor antworte ganz prompt, daß eine Ablehnung unmöglich sei, weil ja schon Gelder verausgabt worden sind. Das war eine — wenn auch vielleicht nicht beabsichtigte — Verhöhnung der bisher bewilligungsfrommen Mehrheit. Abg. Singer erklärte, daß sich anscheinend der Kolonialdirektor mehr als absoluter Chef eines Handelshauses fühle, als wie Reichsbeamter mit Verantwortlichkeit. Er lege ganz entschieden Protest dagegen ein, daß die Regierung, ohne den Reichstag zu fragen, Gelder ausgebe und Unternehmungen beginne, die erst der Zustimmung des Reichstags bedürfen. Die Forderung müsse abgelehnt werden, die Regierung müsse dann zusehen, wie sie sich aus der Affäre ziehe. Auf eine Anfrage hin mußte der Kolonialdirektor noch zugeben, daß General v. Trotha durch Eisenbahnmannschaften Voruntersuchungen zu einer Bahn Lüderitzbucht-Keetmanshoop vornehmen lasse. v. Trotha glaubte, ohne eine solche Bahn könne er die militärischen Operationen nicht in wünschenswertem Maße zu Ende führen. Da auch der Bau dieser Linie selbst nur als Feldbahn gedacht, eine lange Zeit in Anspruch nehmen muß, scheint man in Regierungskreisen ernstlich mit einer noch Jahre betragenden Kriegsdauer in Südwestafrika zu rechnen.

Dem so schlimm in die Enge geratenen Kolonialdirektor versuchte der Virtuose nichtssagender Redensarten, der Abg. v. Staudy, und der Reichsschatzsekretär Stengel zu Hilfe zu kommen. Abg. Singer hatte darauf verwiesen, daß der Schatzsekretär die Verpflichtung habe, gegen die in der Kolonialverwaltung beliebte Wirtschaftsweise Einspruch zu erheben. Demgegenüber glaubte Frhr. v. Stengel, daß die Regierung das Recht habe, Verträge, wie der mit der Firma Koppel, abzuschließen, eine Auffassung, die sofortigen allgemeinen Widerspruch hervorrief. Die Regierung ist durch die Verfassung daran gebunden, nur solche Gelder auszugeben, die vom Reichstag bewilligt sind.

Doch, der Kolonialdirektor braucht sich keine grauen Haare wachsen zu lassen, er wird sein Eisenbähnle schon noch bekommen. Der bürgerliche Oppositionsmut ist nur eine Eintagsfliege. Statt die Forderung sofort abzulehnen, wurde Vertagung beschlossen. Der Schatzsekretär stellte eine längere Rede in Aussicht, und schlimmstenfalls setzt Peter Spahn seinen Zylinderhut auf. Dann verstummt der bürgerlichen Budgetmänner zorniges Schelten.

Politische Uebersicht.

? Kreuz und Knute.

Das leitende Organ des Zentrums, die „Germania", die jetzt in ihrem Hauptblatte geheuchelte Freundschaft für die streikenden Kohlengräber bis hart an die Grenze unzulässiger Aufreizung treibt, enthüllt in der Beilage ihre wahre Gesinnung. Sie ergeht sich in den wüstesten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und verhöhnt ihre „Führer", weil diese — wie die „Germania" meint — aus Mangel an persönlichem Mut die Inszenierung eines bewaffneten Aufstandes unterließen. Die deutsche Sozialdemokratie sei

. . . organisiert und dressiert auf die Unterhaltung einer Armee von **Faullenzern, Maulhelden und verkrachten Existenzen aller Art, welche leben wollen von der Revolution, aber nicht daran denken, das eigene Fell zu Markte zu tragen für die Revolution.**

Bis heute habe sich auch

. . . kein „Führer" der „kommenden Revolution" zu höherem Tun entschlossen, als für die „Freiheit des Proletariats" irgendwo **ins Gefängnis** zu gehen, was zur Zeit . . . . **gar nicht soviel Aufopferung** erheischt.

So die „Gemania", die über „Verfolgung der katholischen Kirche" kreischt, wenn irgend einem fleischeslüsternen „Faullenzer" in der Soutane sein Sündenregister vorgehalten wird!

Aber das ist nur die Einleitung! Das publizistische Sprachrohr der regierenden Partei kommt sodann auf die revolutionäre Bewegung in Rußland zu sprechen und auf den Anteil, den die deutsche Sozialdemokratie an ihr nimmt. Von den russischen Arbeitern erzählt sie

. . . . daß die russischen Revolutionäre mit gewaltätigen Mitteln vorgehen, **Demonstrationen, wie sie der „zahme" Bernstein auf dem Preußentag vorschlug, mit roten Fahnen, Revolvern, Knüppeln und Dynamit** . . . die Straßen durchziehen, Denkmäler und Brücken demolieren, Fenster einwerfen und teilweise schon **friedliche Geschäftsleute plündern.**

Die „Germania" fährt fort:

Und dabei entrüstet sich noch die ganze sozialdemokratische Presse über die brutale Tyrannei und Barbarei, mit welcher durch Polizei und Soldaten **die Aufrührer zu Paaren getrieben** werden. **Das ist doch köstlich!** Da nach der sozialdemokratischen Presse auch in Deutschland dieselben barbarischen Verhältnisse herrschen, **warum bewaffnen sich denn ihre Massen nicht und ziehen unter dem Schutz der roten Fahne plündernd und mordend einher** mit den Rufen: Nieder mit dem Kaiserreich! Nieder mit der Armee! — ja warum denn nicht?

Wenn die „Germania" durchaus die Antwort haben will, hier ist sie: Die Massen ziehen deshalb nicht unter dem Schutze der **roten Fahne** plündernd und mordend einher, weil es tausendjährige Gewohnheit ist — von den gottgewollten Kreuzzügen her bis zum Chinakrieg und den Heldentaten von Kischinew — Massenmorde und Massenplündernngen unter dem Zeichen des **Kreuzes** zu begehen. Die rote Fahne hat gewiß schon manchen schlimmen Gesellen unter ihrem Gefolge gesehen, aber vor dem ruchlosen Gesindel der Lockspitzel, Knutenknechte und Mordanbeter, das sich scheinheilig unter den Schutz des Kreuzes drängt, wird sie ein günstigeres Schicksal bewahren!

D. Fischer.

Unser Berliner ☰-Mitarbeiter schreibt uns:

In Berliner kirchlichen Kreisen tobt seit einiger Zeit ein heftiger Kampf für und gegen den Pfarrer der Markuskirche D. Max Fischer, Ehrendoktor der Königsberger theologischen Fakultät.

Fischer hatte in einem Vortrage erklärt, daß Gott und nicht Christus Gegenstand der Anbetung sei. Fischer gehört der liberalen theologischen Richtung an, die den Glauben mit der modernen Wissenschaft zu vereinigen sucht und das Dogma von der Göttlichkeit Christi verwirft: Christus war nach der Auffassung Fischers kein Gott, sondern ein Mensch.

Die freimütige Aeußerung des liberalen Pfarrers rief alsbald in den Kreisen der „Patrioten", d. h. der unbedingt Gläubigen, die von einer Anpaßung der Religion an die Wissenschaft nichts hören wollen, große Aufregung hervor. Die Agitation dieser Glaubenseifrigen machte auch auf das Konsistorium Eindruck, und dieses erließ an den 58jährigen theologischen Gelehrten eine „Verwarnung", die in Form und Inhalt schwer verletzend für ihn sein mußte. Fischer wurde darin wie ein unfertiger junger Mann behandelt, dessen Ansichten sich noch in Gährung befänden und der täte besser, mit seinen Meinungen zurückzuhalten.

Diese Verwarnung rief nun wieder im Lager der Liberalen große Aufregung hervor. Unter Führung des D. Kirmß, Pfarrer an der neuen Kirche in Berlin, erließen 32 Berliner Pfarrer eine scharfe Protesterklärung, in der volle Freiheit des Bekenntnisses gefordert wird und in der es u. a. heißt:

. . . niemals war der Schutz der geistigen Unabhängigkeit des Pfarrerstandes nötiger als heutzutage. **Wie ein Fluch lastet auf unserem Stande der Vorwurf der Unwahrhaftigkeit.** Ein gut Teil der Entfremdung gegen die Kirche ist begründet in dem Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der Pastoren . . . Wir wissen, daß wir die Schwachen zu schonen haben (?), aber ebenso wissen wir auch, daß wir den Suchenden die Klarheit der Erkenntnis zu bringen . . . haben.

Wie man sieht, vermag auch diese liberale Erklärung nicht, den theologischen Pferdefuß zu verbergen. Was heißt das: „Wir wissen, daß wir die Schwachen zu schonen haben?" Doch nichts anderes, als daß die ganze Wahrheit für jene Leute nicht taugt, die die Pfarrer als „schwach" zu erkennen für gut finden, daß es eine dogmatische Religion geben soll für die Dummen und einen philosophisch verbrämten Mystizismus für die Gescheiten, daß die Pastoren das Wasser des Buchstabenglaubens predigen, und sich in den Genuß des Weins der Wissenschaft nur mit wenigen teilen sollen? — Daß der liberale Protest trotzdem die Wut der Orthodoxen entfesselt, versteht sich von selbst.

Eine besondere Protesterklärung ist von D. Scholz und D v. Soden, zwei Führern der kirchlichen „Mittelpartei" und des evangelischen Bundes in der „Christlichen Welt" erlassen worden. Und schließlich hat es auch am Mittwoch Abend in Berlin eine öffentliche Protestversammlung gegeben, die sich gleichfalls nach einem Referat des Prof. Pfleiderer in einer scharfen Resolution für die volle Meinungsfreiheit aussprach.

Als Symptome der fortschreitenden Zersetzung, die das Christentum unter dem Einfluß der modernen Wissenschaft erleidet, sind solche Vorgänge äußerst lehrreich. —

Aus Baden.

* **Keine Politik der Rache** will das Zentrum nach den Versicherungen des Herrn Wacker bei den nächsten Landtagswahlen treiben. Wollte das Zentrum gegenüber den Nationalliberalen Rache üben, so könnte es durch die Unterstützung der Sozialdemokratie den Nationalliberalen so viel Mandate wegnehmen, daß diese an die dritte Stelle im Landtag rückten. Aber — das Zentrum kennt die Rache nicht. Herr Wacker ist ein geriebener politischer Schlaumeier. Am Ende zeigt er sich den Nationalliberalen gegenüber, die jetzt dem Zentrum den Kampf bis aufs Messer predigen, großmütig und leistet ihnen Unterstützung im Kampf gegen das „kleinere Uebel". Zwar hat sich Herr Wacker vorsichtiger Weise hinsichtlich der Haltung des Zentrums bei den engeren Wahlen reserviert ausgesprochen. Allein, das was er sagte, genügt für den Kenner unserer politischen Verhältnisse, um zu wissen, welche Taktik das Zentrum befolgen wird. Jedenfalls wäre es eine ganz verfehlte Spekulation, wenn man auf irgendwelche direkte oder auch nur indirekte Unterstützung des Zentrums hoffen würde. Das Zentrum wird, wenn ihm das Wahlglück nur einigermaßen hold ist, schon im ersten Wahlgang so viel Mandate erobern, als es braucht, um in den Besitz der relativen Mehrheit zu kommen. Bei den engeren Wahlen wird es zunächst darauf bedacht sein, Sorge zu tragen, daß ihm die relative Mehrheit gesichert ist, um dann sich gleichzeitig als „staatserhaltende" Partei aufzuspielen, die nicht einmal an den nationalliberalen Kulturkämpfern Rache übt. Vor den allgemeinen politischen Fragen treten bei der kommenden Landtagswahl die kirchenpolitischen Forderungen des Zentrums in den Hintergrund, sagte Herr Wacker. Was das heißen soll, liegt für den Politiker klar [illegible] der Hand. Das Zentrum fühlt sich als Her[illegible] Situation und sucht sie nach Kräften für [illegible] seine Bestrebungen auszunutzen. Si[illegible] trumsherrschaften erst einma[illegible] — so rechnet Wacker [illegible] Dem „liberalen Bl[illegible] Günstiges. Es [illegible] auch prak[illegible] die [illegible] Li[illegible] Linksliberalen gewesene Mandate zu „garantieren". Dazu bedürfe es der Hilfe der Sozialdemokratie.

In diesem Punkte hat Herr Wacker durchaus zutreffend geurteilt. Die Demokraten werden sich diese Tatsache wohl auch bei den Beratungen über die gegenseitigen Abmachungen vergegenwärtigt haben. Es steht den Nationalliberalen gar nicht zu, sich auf's hohe Roß zu setzen und sich als die Gebenden aufzuspielen. Für sich allein haben die Nationalliberalen herzlich wenig zu vergeben, dagegen sind sie mehr als jede andere Partei auf fremde Hilfe angewiesen, wenn sie sich auch nur einigermaßen in ihrer bisherigen Position behaupten wollen. Daraus resultiert die stolze, siegesbewußte Haltung des Zentrums und seine von Wacker so auffallend zur Schau getragene „Großmütigkeit".

* **Die Gegner des Zolltarifs** haben sich an den Arbeiterinteressen versündigt. Also sprach Herr Fuchs in der Karlsruher Zentrumsversammlung und die gläubigen Zentrumsschäfchen blöckten ihren Beifall. Es erübrigt sich, gegen solchen Unsinn zu polemisieren. Die deutsche Arbeiterschaft hat am 16. Juni 1903 den Zollwucherern eine Antwort gegeben, die an Deutlichkeit wahrlich nichts mehr zu wünschen übrig ließ.

* **Die ultramontane Doppelzüngigkeit** kam in der Karlsruher Zentrumsversammlung wieder einmal deutlich zum Ausdruck. Der erste Redner, Reichstagsabgeordneter Fuchs, stimmte einen Hymnus auf die schöne Zeit an, da die katholische Kirche noch im Besitze all der Positionen war, aus welchen sie in den letzten Jahrhunderten verdrängt wurde. Dahin ist die schöne Zeit. Heute macht sich überall der Unglauben und der Atheismus geltend; nicht nur auf den Hochschulen (darüber würden die guten Christen gerne noch ein Auge zu drücken), nein das gemeine Volk ist von diesem „Gift" auch schon angefressen.

Aber — Geduld! ruft Herr Fuchs. Ueberall bilden sich katholische Cadres, um der Kirche die verloren gegangenen Positionen wieder zurückzuerobern. Die Kirche ist allein zur Herrschaft berufen, denn sie ist Gottes Werk.

Hinterher kam dann Herr Wacker und bezeichnete diejenigen, die vom Zentrum eine Reaktion befürchten, als politische Kinder. Herr Wacker ist ein geriebenerer Politiker als der rheinische Zentrumsapostel, der mit den plumpesten ultramontanen Agitationsinstrumenten arbeitet. Aber auch die Schlauheit eines Wacker kann über die wahren Absichten des Zentrums nicht täuschen.

* **Mit einem jesuitischen Kniff** versucht sich die Zentrumspresse aus der sehr unangenehmen Situation herauszuwinden, in welche die ultramontanen „Arbeiterfreunde" durch den großen Kohlengräber-Streik gebracht wurden. Der „Vorwärts" hat das Zentrum bekanntlich aufgefordert, seinerseits ebenfalls eine Geldsammlung für die Streikenden zu eröffnen, indem er mit Recht darauf verwies, daß die freien Gewerkschaften sich zur Sozialdemokratie verhalten, wie die christlichen zum Zentrum.

Diese unbestreitbare Tatsache wird aber vom Zentrum strikte hinweggeleugnet. Wörtlich heißt es dann:

„Das Zentrum hat als Parteiorganisation gar nichts mit den Gewerkschaften zu tun; es ist eine politische Partei, die das Verdienst hat, stets sehr entschieden sich der Arbeiter angenommen zu haben. Die christlichen Gewerkschaften sind eine wirtschaftliche Organisation, ganz und gar unabhängig vom Zentrum! Gerade letzteres mischt sich in diesen Streik durch offizielle Sammlung von Gaben nicht ein, damit nicht der wirtschaftliche Kampf noch zu einem politischen wird. Ganz selbstverständlich aber ist es, daß Zentrumswähler auch ihren Beitrag an die Streikkasse der christlichen Bergarbeiter abführen werden; sie haben es immer getan und werden es jetzt doppelt tun! Allerdings stellen sie sich hierbei nicht, wie der Pharisäer, vorn im Tempel hin und lassen mit Posaunen verkünden, was sie tun, wie es jetzt aus nur zu durchsichtigen Gründen die Sozialdemokratie tut!"

Faule Ausreden! Das Zentrum nimmt deshalb nicht offiziell Stellung zu der Geldsammlung für die streikenden Bergarbeiter, weil es damit den Gegnern der gewerkschaftlichen Organisation im eigenen Lager vor den Kopf stoßen würde. Auf den Zentrums-Parteitagen schüttelt man die christlichen Gewerkschaften nicht ab. Dort braucht man die Massen zur Parade. Jetzt, wo es sich zeigen soll, was es mit der so vielgepriesenen Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumsherrschaften auf sich hat, verleugnet die Zentrumspresse die intime Verbindung zwischen christlichen Gewerkschaften und Zentrumspartei. Der Zweck heiligt eben allemal die Mittel. Die „Bescheidenheit", in welche die Zentrums-Arbeiterfreunde sich zu hüllen versuchen, reizt wirklich zum Lachen. Dieselben Leute, die ihre Bettelsuppen-Sozialpolitik jahraus jahrein mordtschreierisch als große Tat anpreisen, spielen plötzlich die „stillen Wohltäter", bei welchen die Rechte nicht wissen soll, was die Linke gibt. D[illegible] Kniff ist fein ausgedacht, [illegible] nirgends.

*

daß es auch in der Politik blanker Unsinn ist, den Teufel mit dem Belzebub austreiben zu wollen, war diese Spekulation auch von vornherein aussichtslos. Die Konservativen stehen dem Zentrum viel näher als dem Liberalismus. So sehr sich auch die Gescheiterten und die Geschorenen gegenseitig bekämpfen, in dem Bestreben, die Kulturentwicklung aufzuhalten und der Muckerei wieder auf die Beine zu helfen, sind sie ein Herz und eine Seele. So wie die Dinge in Baden sich entwickelt haben, müssen die Konservativen Anschluß beim Zentrum zu finden suchen. Dies auch aus rein taktischen Gründen. Die Nationalliberalen können den Konservativen kaum etwas bieten, geschweige denn „garantieren". Dagegen ist das Zentrum sehr wohl in der Lage, den Konservativen zu einigen Mandaten zu verhelfen und es ist dazu wohl um so eher bereit, als dies auf Kosten der Nationalliberalen geschehen würde. Kein Wunder deshalb, wenn die „Bad. Post", das Organ der Konservativen, den Liberalismus ganz gehörig herunterreißt und ihn quasi als staatsgefährlich charakterisiert. Der Monarchismus sei für den Liberalismus nur Mittel zum Zweck, weiter nichts, sagt das konservative Organ. Es wirft dem Liberalismus Brutalität, Unverfrorenheit und verschämte Billigung des Königsmordes vor. Wörtlich heißt es am Schlusse des Artikels:

„Wie es erfahrene und besonnene Männer fertig bringen können, mit dem Jungliberalismus zu gehen, erscheint rätselhaft, aber noch unverständlicher muß es dem Volke bleiben, wie Staatsbeamte, Richter und Staatsanwälte, die destruktiven Tendenzen des Jungliberalismus in einem Wahlbündnisse mit den Sozialdemokraten mitmachen können. Die Organe der öffentlichen Ordnung paktieren mit dem Umsturz? Das ist Unnatur!"

Wohl bekomm's Herr Dr. Wilckens!

Deutsches Reich.

* **Behördlicher Zickzackkurs.** Nicht einmal mit einem verrückten Antisemiten und seinem wirren Anhang nervenstarker Ulkfreunde können preußische Behörden mit Anstand fertig werden.

Den Dreschgrafen Pückler hat man zunächst reden lassen, was er wollte, und freigesprochen, weil doch alles „bildlich" gemeint sei.

Später ist man dazu übergegangen, seine Versammlungen aufzulösen und ihn zu kleinen Geldstrafen zu verurteilen.

Sodann verbot man ihm einfach, weil er verrückt sei, das Reden und brachte es damit fertig, sich durch diesen gesetzlich nicht zu rechtfertigenden Akt sogar dem Grafen Pückler gegenüber ins Unrecht zu begeben.

Nichtsdestoweniger bereitete die Polizei ein Strafverfahren gegen den für verrückt Erklärten vor. Die Staatsanwaltschaft nahm den Faden auf: das Gericht fand den Grafen zurechnungsfähig und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis.

Nachdem nun der Graf glücklich für nicht verrückt erklärt worden war, mußte man annehmen, daß die Polizei den Mann nunmehr reden lassen würde.

Aber weit gefehlt! Als am Mittwoch eine neue Zuversammlung stattfinden sollte, lief bei deren Einberufer ein Schreiben des Polizeipräsidenten ein: Das gerichtliche Urteil sei nicht rechtskräftig, der Graf gelte nach wie vor für verrückt und dürfe nach wie vor nicht reden!

Graf Pückler, der Vorkämpfer für Kischinew, darf sich also über die Behörden nicht beklagen. Sie leisten an Reklame für ihn das Menschenmögliche. Wenn seine Ideale trotzdem unverwirklicht bleiben, so darf er die Schuld daran nur seiner eigenen abstoßenden Hanswurstigkeit und dem Sinne der Bevölkerung zuschreiben, der über toll-dreiste Demagogenstücke à la Pückler ruhig und ohne nach der Polizei zu schreien, zur Tagesordnung übergeht.

* **Ein seltsamer Friedensvermittler.** Wie der Berliner „Lokalanzeiger" mitteilt, hat der Handelsminister Möller den Geh. Oberbergrat Meißner und noch einen Herrn als Verhandlungskommissare nach dem Ruhrrevier entsendet.

Der Geh. Oberbergrat Meißner ist derselbe Herr der sich im Dezember v. J. im Reichstage durch sein temperamentvolles Eintreten für die Grubenbesitzer und seine schroffe Ablehnung aller Arbeiterwünsche sehr unliebsam bemerkbar machte. Es ist derselbe Herr, dessen Ausführungen im Reichstage von den Grubenbesitzern wörtlich abgeschrieben worden sind als Begründung für die ablehnende Haltung, die sie den Forderungen der Arbeiter gegenüber einnehmen.

Indem die Regierung solche Parlamentäre nach dem Kriegsschauplatze entsendet, gibt sie eine seltsame Illustration ihrer behaupteten „Neutralität".

Ausland.

Rußland.

Das Zaren-Attentat bei der Wasserweihe.

Petersburg. Von hier wird dem „Daily Expreß gemeldet, es werde jetzt zugegeben, daß der Kartätschenschuß gegen den Zarenpalast auf eine Verschwörung unter der Mannschaft der Batterie zurückzuführen sei. Unter den Hofbeamten herrscht Entsetzen. Die Polizei gibt zu, daß sie Warnungen erhielt, es würde eine Gewalttat geschehen. Sie habe indeß nichts entdecken können. Die Beweise dafür, daß der Kartätschenschuß im Winterpalais ein vorsätzliches Attentat war, mehren sich. Das Geschütz war mit niedrigem Ziel genau auf den kaiserlichen Pavillon gerichtet. Die Untersuchung durch die Polizei ergab, daß in den Fußboden im Parterregeschoß des Palastes 6 Kugeln eingeschlagen hatten und im ersten Stock 6 Fenster im Nikolai- und im diplomatischen Salon, in dem sich das diplomatische Korps versammelt hatte, zertrümmert waren. Fünf Schüsse durchbohrten die Fahne, die ein Soldat in der Nähe des kaiserlichen Gefolges hielt.

Dänemark.

* **Ein wildes Land.** Als ein ausgeprägtes Ministerium der Linken bezeichnete der dänische Ministerpräsident Christensen sein Ministerium. Es vertrete aber keine einseitigen Interessen und wünsche Zusammenarbeit mit allen, welche das Wohl des Volkes und des Landes wollen. Zur Gemeindevertretung will das neue Ministerium das direkte allgemeine Wahlrecht einführen. Auch die Wahlkreisordnung bei den Wahlen zum Folkething soll reformiert werden.

Und Bülow sagte: Deutschland in der Welt voran!

Russisch-Polen.

* **Blutige Demonstration in Czenstschowa. — Tötung eines Gendarmerie-Offiziers.** Am Sonntag den 8. Januar veranstaltete die polnische sozialistische Partei eine Demonstration in Czenstschowa, um nochmals die anti-zarische Gesinnung der Bevölkerung kundzugeben. Auf dem Versammlungsplatze erschien eine starke Abteilung Militär und Gendarmerie unter der Führung des wegen seiner Grausamkeit allgemein verhaßten Oberwachtmeisters Radke. Die Arbeiter erschienen sehr zahlreich und entfalteten, wie üblich, eine rote Fahne. Da gab Radke das Signal, den Fahnenträger zu verhaften und sprang selbst voran, wurde aber von 6 Revolverkugeln getroffen und sank tot nieder.

Japan.

* **Reaktion in Japan.** Die polizeiliche Auflösung der sozialistischen Vereinigung von Japan, sowie die Unterdrückung des „Heimin Shimbun", des sozialistischen Wochenblattes, ist bereits durch den Telegraph bekannt geworden. Der soeben eingetroffene „Sozialist", offizielles Organ der japanischen Sozialisten, vom 3. Dezember 1904 bestätigt die obigen Mitteilungen. Danach wurde der „Heimin Shimbu" in seiner Ausgabe vom 6. Nov. verboten wegen eines Artikels, der die Unterrichtsfrage behandelte; die Nummer vom 12. Nov. enthielt die Uebersetzung des kommunistischen Manifestes von Marx und Engels; auch diese wurde verboten. Am 15. Nov., dem ersten Jahrestage des „Heimin Shimbun", sollte in Oji, einem Vorort von Tokio, eine sozialistische Versammlung abgehalten werden; dieselbe wurde von der Polizei auseinandergetrieben. Mit der Verurteilung des Redakteurs Genosse Nishikawa am 19. Nov. zu 5 Monaten Gefängnis und des Druckers Genossen Kotoku zu 7 Monaten Gefängnis wurde zugleich auch die Unterdrückung der Zeitung und sogar die Konfiskation der Maschinen ausgesprochen. Am Tage darauf erfolgte die Auflösung der sozialistischen Vereinigung durch den Polizeiminister. Es war dies die einzige sozialistische Vereinigung, seitdem die Organisation der sozialistischen Partei verboten worden war. Die sozialistische Vereinigung hat in den 6 Jahren ihres Bestehens viel zur Ausbreitung des Sozialismus in Japan beigetragen. Selbst eine bürgerliche japanische Zeitung äußert sich absprechend über die Nervosität der Regierung, indem sie schreibt: „Solche Maßregeln dienen in der Regel dazu, die Prinzipien der unterdrückten Vereinigung nur noch mehr verbreitet zu machen. Das Prinzip der absoluten Religions- und Gewissensfreiheit, welche in Japan herrscht, sollte auch auf das politische Gebiet übertragen werden." Selbstverständlich wird mit der Auflösung des Vereins diese Propaganda nicht eingestellt werden und wenn die japanische Regierung glaubt, den Sozialismus in Japan zu vernichten, ehe er noch rechte Früchte hat tragen können, so täuscht sie sich.

Aus der Partei.

Um unliebsame Irrtümer zu vermeiden, bitte ich die Genossen dringend, bei den an meine Adresse gerichteten Geldsendungen genau anzugeben, ob dieselben für den allgemeinen Parteifonds oder für die streikenden Bergleute des Ruhrreviers bestimmt sind.

A. Gerisch.

Zweiter badischer Reichstagswahlkreis. Den Genossen diene zur Nachricht, daß vom 22. d. M ab alle Sendungen, den Wahlkreis betreffend, an den neugewählten Vertrauensmann Genosse Johann Obergfell in St. Georgen (Schwarzwald) zu richten sind. Die Konferenz, die sonst immer vor der Landesversammlung stattfinden soll, wird mit Rücksicht auf die Landtagswahlen erst nach der Landesversammlung stattfinden und hoffen wir, daß die Mitgliedschaften damit einverstanden sind.

Der Vertrauensmann.

Soziale Rundschau.

* **Arbeitslosenzählung in Mannheim.** Die durch das Gewerkschaftskartell hier vorgenommene Zählung ergab 1080 Arbeitslose. 969 sind vollständig arbeitslos, 111 bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt.

ac. **Das Arbeiter-Vertreter-Komitee** hat für den 26., 27. und 28. Januar eine Konferenz nach Liverpool einberufen. Auf der Tagesordnung stehen verschiedene Fragen der Taktik und vor allem die Frage der Zusammenstellung des Komitees. Dem Komitee sind außer ca. 1 Million Gewerkvereinler auch die zwei sozialistischen Organisationen, die unabhängige Arbeiterpartei und die Gesellschaft der Fabier angeschlossen, während die sozialdemokratische Förderation (Hyndman) dem Komitee nicht mehr angehört.

* **Die Ausstandsbewegung in Rußland** nimmt immer größere Dimensionen an. Wie der „Frankf. Ztg." aus Petersburg berichtet wird, wollten gestern in der Baltischen Fabrik 5000, in der Patronenfabrik 7000 und in der Waggonfabrik 8000 Arbeiter die Arbeit niederlegen. Es verlautet, die Arbeiter beabsichtigen 400 000 Mann stark vor dem Schlosse eine Kundgebung zu veranstalten.

Gestern stellten die Arbeiter der Baumwollspinnerei-Firma San Galli und Kalinkin die Arbeit ein. Der Finanzminister und der Minister des Innern lehnten endgiltig ab, die Abordnung der Arbeiter zu empfangen.

Gerichtszeitung.

* **Heidelberg,** 20. Jan. Die Strafkammer verurteilte den Schriftsteller Degen, welcher 900 Mk. Kuno Fischer-Adresse-Beträge unterschlug, zu 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

* **Mannheim,** 20. Jan. Der unter dem Verdachte der Brandstiftung verhaftet gewesene Mitinhaber Karl Schmeißer der Holzbearbeitungsfabrik Ritter u. Schmeißer ist aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Badische Chronik.

* **Karlsruhe,** 21. Jan.

* **Militärboykott gegen Hauseigentümer.** Daß in Badens Haupt- und Residenzstadt dank der Hasenherzigkeit der hiesigen Wirte die Militärbehörde sich gestatten kann, über Wirtschaftslokale den Boykott zu verhängen, in denen neben den Zeitungen anderer Parteirichtungen auch eine sozialdemokratische Zeitung aufliegt oder in denen eine Gewerkschaft ihren Sitz hat, ist ja nichts neues. Es ist auch nichts neues, daß Zigarren- oder Hutläden mit dem militärischen Boykott bedacht wurden, wenn deren Inhaber der Militärbehörde als der sozialdemokratischen Gesinnung verdächtig denunziert wurden. Nun ist aber hier in Karlsruhe ein Fall passiert, von dem wir glauben, daß er Ben Akiba wieder einmal ins Unrecht setzt. Vor einigen Jahren baute sich in der Oststadt ein hiesiger Kleinmeister ein Haus. Unter seinen Mietern befand sich auch ein Militärbeamter. Der Mann wußte natürlich nicht, in welch staatsgefährlicher Umgebung er sich bei seinem Hausbesitzer befand, der nämlich nicht nur ein tüchtiger Handwerksmeister, sondern auch Sozialdemokrat war und zu den Vertretern der Sozialdemokratie auf dem Karlsruher Rathaus gehört. Etliche Jahre verflossen, ohne daß der Mieter an den „auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Ideen" des Hauseigentümers Schaden genommen hätte. Da bekam dann die Militärbehörde Wind von dem staatsgefährlichen Aufenthalt eines ihrer Beamten und flugs wurde demselben ein Wink gegeben, sich aus dem Hause des Sozialdemokraten zu verziehen. Der Militärbeamte glaubte als gehorsamer Sohn des Vaterlandes nicht anders handeln zu dürfen und kündigte die Wohnung.

Wenn nun unter Umständen die Wohnung einige Monate leer stehen bleibt, so scheert sich die Militärbehörde den Teufel um den Schaden, den der Hauseigentümer hat, der aber auf alle Fälle seine Steuern bezahlen muß. Was sagt zu einer solchen Schädigung hiesiger Bürger der Stadtrat? Wir dächten, für ihn läge es sehr nahe, gegen derartige Uebergriffe der Militärbehörde ganz energisch zu protestieren.

* * *

Pforzheim, 21. Jan.

In einem Arbeiterzuge wurde die Leiche eines noch unentwickelten Kindes aufgefunden. Die Mutter, eine stellenlose Dienstmagd, wurde im Krankenhause untergebracht.

* * *

S. **Rastatt,** 20. Jan. Am Sonntag, 22. Januar, abends halb 8 Uhr veranstaltet der hiesige Männergesangverein „Frohsinn" im Löwensaale ein Wohltätigkeits-Konzert zugunsten des Vereins für Bekämpfung der Tuberkulose. Das Programm ist sehr reichhaltig und gediegen zusammengesetzt; besonders hervorzuheben sind „Fintenschlag" von Angerer, Männerchor und das Theaterstück „Der Wildschütz", Volksstück mit Gesang in zwei Akten. Da die große Veranstaltung einem sehr edlen Zweck gilt, ist von der Arbeiterschaft ein guter Besuch zu erwarten. Eintrittskarten: 1. Platz 80 Pf., 2. Platz 50 Pf., 3. Platz 20 Pf. (ohne der Wohltätigkeit Schranken zu setzen) sind im Vorverkauf beim Filialinhaber Karl Krebs, Kaiserstraße 65, zu haben.

* **Ottersweier,** 20. Jan. Hier brannte das Anwesen des Postschaffners Scheuerer nieder. Die Brandursache ist unbekannt. (A. u. B. B.)

w. **Offenburg,** 2. Jan. Wie aus dem gestrigen Inserat ersichtlich, findet am Sonntag, nachmittags halb halb 3 Uhr eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter A. Geck über den Generalstreik der Bergarbeiter referieren wird, worauf wir nochmals aufmerksam machen.

* **Villingen,** 20. Jan. In Peterzell mußte die Volksschule wegen des Auftretens der Masern auf Anordnung des Bezirksamts geschlossen werden.

E **Freiburg,** 20. Jan. Wir machen die Volksfreundleser darauf aufmerksam, daß von der sozialdemokratischen Partei und von dem Gewerkschaftskartell Sammlungen zu Gunsten der streikenden Bergleute veranstaltet werden. Die Sammellisten tragen die Aufschrift „Gewerkschaftskartell Freiburg". Zur Entgegennahme von Beiträgen sind jederzeit bereit die Genossen Ernst Kräuter, Konviktstraße 16 a, H. Christiansen, Lehenstraße 12, 4. St. und W. Engler, Rheinstraße 64, Hinterhaus. Wir richten an die hiesige Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, zu tun, was in ihren Kräften steht, um die kämpfenden Bergleute zu unterstützen.

* **Ueberlingen,** 20. Jan. Im hiesigen Spital hat sich der 78jährige Spitalit Josef Anton Bisinger von hier im Abort mit einem Terzerol erschossen. Der Unglückliche soll seit dem vor mehreren Jahren erfolgten Tod seiner Frau gemütskrank gewesen sein.

* **Heidelberg,** 20. Jan. Wie das „Heidelb. Tagbl." erfährt, hat am letzten Montag Herr Landrat Ebbinghaus-Düsseldorf der hiesigen Universität 150 000 Mk. zum Besten des Instituts für Krebsforschung übergeben. Es sind bis jetzt insgesamt 5000 000 Mk. an Schenkungen für dieses Institut gestiftet worden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Br **Hoftheater.** Vor einem beifallfreudigen Hause fand gestern Abend Blumenthals Lustspiel **„Fee Caprice"** eine überaus warme Aufnahme. Die Regie des Herrn Intendanten hatte der Einstudierung sichtliche Sorgfalt angedeihen lassen. Die Darsteller standen sämtlich am richtigen Platze.

In leichten, eleganten Versen führt uns Blumenthal eine Hausfreundgeschichte vor, um alle jungen Ehemänner darüber zu belehren, daß zwei Hausfreunde besser als einer, ja, als eine Gunst des Himmels zu betrachten sind. Gift gegen Gift ist auch hier das beste Mittel und Graf Cornel von Lund wendet es mit bestem Erfolge an. Mit ängstlichen Gefühlen denkt er an die [illegible] Trennung von seinem jungen Weibe [illegible] bringenden drei Wochen dauernden [illegible] von Falkenhagen, [illegible] ehrener Witwer, [illegible] zum [illegible] so schreckenvolle Wahrheit, ein Weib mit 7 Kindern sein eigen nennen darf. Verschwunden ist nun, was ihm die Herzen der Frauen erobert, Frau Marion von großer Gefahr erlöst, sinkt reumütig dem heimkehrenden Gatten in die Arme, dem sie ein Geständnis ablegen will. Baron von Frick, der inzwischen in einem Duell mit seinem dichtenden Nebenbuhler verwundet worden ist, geht nunmehr ein Licht auf, welche Rolle ihm in der kleinen Komödie zugedacht war und beklagt bitter sein angeborenes Pech bei den Frauen. Mit einer vollständig überflüssigen Belehrung des erfahrenen Witwers an das junge Paar und übrig gebliebenen Hausfreund schließt das Stück.

Trotz der vorzüglichen Aufführung sind wir der Ansicht, daß dieses Verslustspiel gelesen besser wirken müßte, als auf der Bühne.

Die Hauptrolle der Marion gab Frl. Müller mit erfrischender herzerfreuender Natürlichkeit und Gewandtheit. Herr Illiger als junger Ehegatte tat sein Bestes. Nur litt zuweilen die Deutlichkeit unter etwas zu lebhaftem Sprechen. Eine Musterleistung bot der [illegible] Lothar des Herrn Herz in Maske wie auch [illegible] ihm ebenbürtig zur Seite stand der tränen[illegible] Gerhard des Herrn Baumbach, [illegible] von einer glücklich getroffenen [illegible] wurde. Als sein Neben[illegible] Baron von Frick in [illegible] Sein routi[illegible] zu durch[illegible] gaben [illegible]

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Der Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

An die organisierten Arbeiter Deutschlands!

Im Ruhrkohlenrevier ist am 17. Januar der Generalstreik aller Bergleute eingetreten. 200 000 Arbeiter stehen im Ausstande, um die Anerkennung ihrer Rechte zu erkämpfen. Was sie von ihren Vätern ererbt hatten, die Achtstundenschicht, sollte ihnen durch hinterlistige Grubenordnungen genommen werden. Ihre Vorstellungen und Proteste blieben wirkungslos, das Grubenkapital befahl und die Arbeiter sollten sich einfach unterwerfen. So war es schon seit Jahren gegangen, bald hier, bald da wurden die Schichten verlängert, wurden die Gedinge gekürzt, Wagen genullt, Strafgelder erhoben, den Arbeitern unbezahlte Nebenarbeiten aufgebürdet, ihren Verdienst schmälerten. Und jahrelang wurden Bedrückungen murrend, aber ohne ernste Gegenwehr ertragen, weil die Arbeiter keinen Kampf heraufbeschwören wollten, dessen Tragweite unabsehbar werden mußte.

Indes wuchs die Unzufriedenheit in ihren Reihen immer mehr. Die Unfallgefahr nahm mit der Tiefe der Schachtanlagen von Jahr zu Jahr zu, und die Arbeitsverhältnisse wurden immer ungünstiger. Dazu breitete sich die Wurmseuche in den Gruben aus, die Tausende von Bergleuten mit schwerem Siechtum behaftete und sie einer widerwärtigen Behandlungsweise aussetzte. Um so höher stieg die Aufregung, als die Grubendirektionen weder ernsthafte und schleunige Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche anordneten, noch um die ausreichende Unterstützung der Erkrankten sich kümmerten. Dafür erbitterten sie die Bergleute durch die Stillegung von ertragsfähigen Kohlenzechen, die nur die Konzentration einiger Großbetriebe fördern sollten, zugleich aber Tausende von Bergarbeitern des Verdienstes beraubten und zahlreiche Gemeinden an den Rand des Ruins brachten.

So war seit langem der Zündstoff zum Kampfe systematisch angehäuft worden. Kann es da befremden, daß die frivole Schichtverlängerung auf der Zeche Bruchstraße das Maß der Erbitterung füllte? Aber die Führer der Bergleute wollten noch immer den Kampf vermeiden und durch gütliche Verhandlungen die Zurückziehung dieser Maßregel erreichen. Sie wurden schroff abgewiesen. Das Grubenkapital wollte den Kampf. Aufs neue trugen die Organisationen der Bergarbeiter Verhandlungen an. Die Grubendirektionen antworteten mit Maßregelungen und höhnischen Drohungen und verweigerten schließlich den Bergleuten mitten in schlimmster Winterkälte die ihnen zustehenden Deputatkohlen. Da zerriß die Erbitterung der Bergleute die letzten Dämme und der Generalstreik wurde unvermeidlich. Noch hofften die Führer durch präzise Aufstellung von Forderungen und Anrufung des Einigungsamtes in letzter Stunde die Gefahr zu beschwören. Das Grubenkapital lehnte auch dieses Entgegenkommen ab und der Kampf hat begonnen.

Einig, wie ein Mann, haben sich alle vier Bergarbeiterorganisationen des Ruhrreviers der gerechten Sache der Bergleute angenommen. Zum erstenmale ist in diesem Kampf die Einigkeit aller Arbeiterverbände zur Tatsache geworden. Sie verbürgt den Streikenden eine gerechte Würdigung ihrer Forderungen.

Aber die Organisation eines einzelnen Berufes ist den Anforderungen eines solchen Riesenkampfes nicht gewachsen. Millionen sind notwendig, um diese Hunderttausende zu unterstützen in ihrem gerechten Kampfe gegen den maßlosen Uebermut einiger Millionäre oder Miliardäre. Da muß die ganze deutsche Arbeiterschaft einig und hilfsbereit hinter den Streikenden stehen und für sie opfern, was in ihren Kräften steht.

Im Namen der Vorstände der zentralisierten Gewerkschaften, deren Zustimmung der Generalkommission zuteil wurde, appellieren wir an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, die kämpfenden Bergarbeiter in jeder Weise zu unterstützen.

Wohl wissen wir, wie schwer gegenwärtig für viele Arbeiterfamilien auch ein geringes Opfer wird, da Winterskälte und Arbeitsmangel doppelt auf ihnen lasten. Die gemeinsame Sache aller Arbeiter erfordert es, daß jeder giebt, was er zu geben vermag. Die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterklasse, die vor Jahresfrist den 6000 Crimmitschauer Webern ein glänzendes Weihnachtsfest bereitete, wird auch die Hunderttausende von Bergarbeitern nicht dem Hunger überlassen und sie zwingen, ins unerträgliche Lohnjoch zurückzukehren. Sie wird ihnen helfen, den Kampf für ihre Arbeiterrechte zu einem guten Ende zu führen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden der Arbeiterschaft vorangehen durch Opfersinn und Sammeleifer.

An die örtlichen Gewerkschaftskartelle ist das Ersuchen ergangen, die Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter in der umfassendsten Weise zu organisieren und ihnen zu vollem Ertrag zu verhelfen. Durch ihre Hand sind alle eingegangenen Gelder gemäß einer mit dem Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes getroffenen Vereinbarung abzuführen an dessen Hauptkassierer

Paul Horn, Bochum, Wiemelhauserstr. 38—40.

Und nun ans Werk! Bewährt eure Arbeitersolidarität. Unterstützt rasch und reichlich.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

* * *

Bergarbeiterlöhne.

Die Agenten des Grubenkapitals scheuen sich nicht, die Löhne der Bergarbeiter als günstig hinzustellen. Sie möchten der Welt weismachen, die Bergarbeiter seien aus reinem Uebermut in den Kampf eingetreten. Da sei nun vorweg bemerkt, daß die gesundheitsschädliche, lebensgefährliche, dabei sehr mühsame Arbeit des Bergmanns im Schoße der Erde, zumeist bei sehr hoher Temperatur, die Forderung einer ausreichenden Bezahlung mehr wie genügend motiviert. Der Arbeiter, der in Schmutz und Kot, täglich und stündlich vom furchtbarsten Tode bedroht, schwer arbeiten muß, kann mit Recht eine Bezahlung fordern, die ihn wenigstens ausreichend nährt und die Sorge von seiner Familie fernhält. Wie aber werden die Bergleute entlohnt? Die letzte amtliche Nachweisung über die im 3. Quartal vorigen Jahres in den Hauptbergbaubezirken Preußen verdienten Bergarbeiterlöhne gibt folgende Aufklärung: Im Ruhrrevier betrug nach Abzug aller Arbeitskosten (Sprengstoffe, Werkzeug usw.), sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge der Lohn auf einen Arbeiter und eine Schicht: a) in den nördlichen Revieren 4,05 Mark., b) in den südlichen Revieren **3,83 Mk.** Im 3. Quartal 1900 waren die Löhne von 24 bezw. 32 Pfennig höher. Berücksichtigt man die Quartallohnsumme, so ergibt sich, daß auf einen Arbeiter im Oberbergamtsbezirk Dortmund im 3. Quartal 1903 entfielen: a) in den nördlichen Revieren 311, b) in den südlichen Revieren 299 Mark. Das 3. Quartal 1900 dagegen wies 353 bezw. 336 Mk. auf. Das bedeutet einen Lohnfall von **42** bezw. **37** Mk. Am markantesten kommt der Lohnfall 1900 bis 1904 zum Ausdruck bei einer Vergleichung der Durchschnittslöhne (pro Mann und Schicht) der Hauer und Lehrhauer, also der Hauptgruppe der unter Tage arbeitenden Bergleute. Im 3. Quartal 1900 betrug nämlich ihr Lohn a) in den nördlichen Revieren 5,33 Mk., b) in der südlichen Revieren 5,07 Mk.; im 3. Quartal 1904 dagegen bloß 4,87 bezw. 4,58 Mk.; das bedeutet ein heutiges Minus pro Arbeiter und Schicht von **46** beziehungsweise **49** Pf. Bei einer Gesamtbelegschaft von 235 226 Mann im Jahre 1900 verdienten 122 380 Bergleute einen Bruttolohn (also einschließlich der zahlreichen Abzüge für Kranken-, Pensionskassen usw.) von 5 Mk. und darüber. Im 3. Quartal 1903 war zwar die Gesamtbelegschaft auf 260 341 Mann gestiegen, die Zahl der Glücklichen aber, die es auf einen Schichtlohn von 5 Mk. brachten, war auf 94 037 gefallen. Es haben also im Jahre 1903 **28 000** Bergleute weniger als im Jahre 1900 die 5 Mk. und darüber verdient, obgleich die Gesamtbelegschaft um etwa 25 000 Mann gestiegen ist. Der „Bergknappe" berechnet den Lohnausfall pro 1903, den allein die Hauer und Lehrhauer zu tragen haben, auf **4½ bis 5 Millionen Mark.** — So sieht es nach den amtlichen Zahlen aus. In Wirklichkeit ist der Lohnausfall noch viel größer, stützt sich die amtliche Darstellung doch zumeist auf Angaben der Unternehmer.

Unternehmergewinne.

Die „fleißigen" Aktionäre können über „Lohnentgang" nicht klagen. Besonders die Riesengesellschaften im Ruhrrevier heimsen Jahr für Jahr gewaltige Gewinne ein. Die Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1903/04 nach den reichlich hoch bemessenen Abschreibungen einen Reingewinn von 7 230 876 Mark. Die Bergwerksgesellschaft Hibernia „verdiente" in den ersten 11 Monaten des Jahres 1904 rund **10 Millionen Mark,** die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft gar **12 Millionen Mark.** Im soeben erschienenen statistischen Jahrbuch des Königlich preußischen statisti-

schen Amtes ist eine Rentabilitätsstatistik der preußischen Aktiengesellschaften für das Jahr 1902/03 enthalten. Dieser Statistik zufolge erzielten 70 preußische Kohlenbergbau-Aktiengesellschaften mit einem nominellen Aktienkapital von 418 350 000 Mark eine Dividendensumme von **42 960 000 Mark.** Das ergibt eine Durchschnitts-Dividende von **10,3 Prozent.** Und diese Summe wurde „verdient" trotz der gewaltigen Abschreibungen. Diese nackten Zahlen lassen zur Genüge erkennen, was es mit der Klage der Grubenbesitzer und der ihr willfährigen Presse über die „schwer drückende Belastung des Kohlenbergbaues mit Ausgaben sozialpolitischer Natur auf sich hat.

Neben der Lohndrückerei, der Verlängerung der Arbeitszeit, dem Wagennullen usw. ist es die rücksichtslose **Ausplünderung der deutschen Kohlenkonsumenten,** die den Grubenmagnaten ihre Riesengewinne sichert. Der große Raubzug der Zechenbesitzer auf die Taschen des deutschen Volkes im Jahre 1900 ist noch unvergessen. Das Kohlensyndikat warf **über 6 Millionen Tonnen Kohlen** auf den **ausländischen** Markt und verursachte dadurch in ganz Deutschland eine Kohlennot. Die so künstlich hervorgerufene Kohlenknappheit mußte dazu dienen, den Preis der Kohlen im Inlande ins Ungemessene zu steigern. Das Ausland erhielt trotz der Transportkosten die deutsche Kohle billiger als der deutsche Konsument. Vom Ausland ließen sich die Zechenbarone für die Tonne Mk. 9,82 zahlen, während dem deutschen Abnehmer Mk. 10,70 abverlangt wurden. Daß durch diesen Preisaufschlag, sowie durch die Verschleuderung der Kohlen ins Ausland die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie schwer beeinträchtigt wurde, liegt auf der Hand.

Diese Geschäftspraxis hat das Kohlensyndikat bis zum heutigen Tage befolgt. In letzter Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß die Verwaltung der Stadt Berlin ihren Kohlenbedarf in England gedeckt habe, weil die Zechenbesitzer in Deutschland den Preis so hoch geschraubt haben, daß sich englische Kohle trotz der höheren Bergarbeiterlöhne, der kürzeren Arbeitszeit und der nicht unerheblichen Transportkosten billiger stellt als die deutsche Kohle. So leiden nicht nur die Arbeiter, sondern alle Stände und Berufe unter der skrupellosen Raubpolitik des Grubenkapitals.

Ein Aufruf der vier Bergarbeiterverbände.

Essen, 20. Jan. Das Revierkomitee der vier Bergarbeiterverbände erläßt einen Aufruf an die Bürgerschaft im Ruhrgebiet, in welchem unter Darlegung der Ursachen und der Entstehungsgeschichte des Massenstreiks von 210 000 Bergleuten um moralische und finanzielle Hilfe gebeten wird.

Kohlen-Rücktransport.

Mannheim, 20. Jan. Das christliche Gewerkschaftskartell macht darauf aufmerksam, daß von dem Mannheimer Hafen aus Kohlen nach dem Ruhrgebiet zurücktransportiert werden sollen, und fordert die Arbeiter auf, Kontrolle zu üben. Ein beladenes Schiff der Firma Stinnes sei bereits auf dem Rückwege.

Versammlung der Streikenden.

Bochum, 20. Jan. Eine heute hier abgehaltene Versammlung von 7000 ausständigen Bergarbeitern nahm einstimmig einen Beschlußantrag an, welcher gegen die Abweisung der rechtmäßigen Vertreter der Bergarbeiter durch den Bergbaulichen Verein Verwahrung einlegt und die Erwartung ausspricht, daß mit ihnen über die Forderungen der Arbeiter, welche nur zu gerecht seien, verhandelt werde, um im allgemeinen Interesse zum Frieden zu gelangen. Von der Regierung erwartet die Versammlung, daß sie den Notschrei der Bergarbeiter höre und ihnen durch die endliche Einführung gesetzlicher Reformen auf dem Gebiete der bekannten Forderungen ausreichend Hilfe gewährt. Die Resolution spricht schließlich den Entschluß aus, im Lohnkampf auszuharren, ihn in Ruhe, Ordnung und Disziplin durchzuführen, erwartet von den Behörden gerechte Behandlung bei Aufrechterhaltung der Ordnung und volle Versammlungsfreiheit und erbittet den Beistand des Bürgertums.

w. **Essen,** 21. Jan. In 13 Bergrevieren ist die Zahl der Arbeitswilligen gestiegen, in fünf Revieren zurückgegangen. Kleine Ausschreitungen werden aus verschiedenen Gegenden gemeldet. Sie geben aber keinerlei Anlaß, einzuschreiten. — Gestern beschlossen die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände: Jeder Ausständige, der mindestens 2 Monate der Organisation angehört, erhält wöchentlich 10 Mk., sowie 50 Pfg. für jedes Kind zur Unterstützung. Die übrigen, auch die nicht organisierten Arbeiter, erhalten 9 Mk. Im Bochumer Revier sind wegen des Ausstandes die Feierlichkeiten zu Kaisers Geburtstag abgesagt worden.

Deutscher Reichstag.

(123. Sitzung.)

Berlin, 20. Januar.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Graf **Bülow,** Staatssekretär Graf **Posadowsky** und Handelsminister **Möller.**

Auf Antrag des Abg. **Sittart** wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Racker (Zentr.) versagt.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation betreffend den Bergarbeiter-Streik im Ruhrrevier.

Das Haus ist gut besetzt.

Abg. **Hue** (Soz.) begründet die Interpellation und gibt zunächst ein Bild der Lage. Es sind jetzt 200,000 Mann im Streik. Die entgegengesetzten Mitteilungen der bürgerlichen Presse sind unrichtig. Die Erzählungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" über Krawalle im Streikgebiet sind mindestens stark übertrieben, wenn nicht direkt erlogen. Auch die polnischen Arbeiter verhalten sich musterhaft. Beinahe kann man sagen: Alles ist ruhig, nur die Behörden sind nervös. Wenn wirklich einmal fremdsprechende Elemente Ausschreitungen begehen: warum haben uns die Zechen denn solche Leute geschickt? Ich spreche hier nicht als Parteimann, sondern im Auftrage meiner Kameraden. Ich kann Ihnen erklären: wir werden unsere Ehre darein setzen, diese gegenwärtigen Kämpfe so ruhig durchzuführen, wie es nur gewünscht werden kann. Leider scheinen sich schon Anzeichen bemerkbar zu machen, als ob die Unparteilichkeit der Behörden ins Schwanken käme. Der Oberbürgermeister von Dortmund, Schmieding, hat eine Nervosität an den Tag gelegt, die erst erklärlich wird, wenn man erfährt, daß dieser Herr im Aufsichtsrat der Harpener Gesellschaft ist. (Hört, hört!) Die Zechenbeamten sind zum Teil mit polizeilichen Befugnissen versehen. Gerade gegen diese Beamte richten sich aber zum großen Teil die Beschwerden der Arbeiter. Diese Beamten sind in die Wohnung gegangen, haben das Hausrecht verletzt und wollten die Leute in die Bergwerke holen. Ich bin sehr für Schutz den Arbeitswilligen, aber auch den der Streikenden. Daß ein Teil der Beamten bei diesem Hausfriedensbruch Prügel bekommen hat, kann nicht Wunder nehmen. Ein Landrat hat erklärt, wenn noch einmal Belästigungen der Arbeitswilligen vorkämen, **werde er einfach schießen lassen.** (Hört! hört!) Der Redner untersucht hierauf die Frage, ob der Streik nicht hätte vermieden werden können. Hätte Stinnes vor der Verlängerung der Seilfahrt mit den Arbeitern verhandelt, wäre der Streik auf „Bruchstraße" nicht ausgebrochen. Aber als die Vertreter der Arbeiter vorstellig werden wollten, wurde ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt. Der Handelsminister bedauert, daß die Arbeiter so wenig Achtung vor dem Gesetz hätten. Ich bedauere, daß der Minister nicht bedauert hat, daß die Arbeitgeber so wenig Achtung vor dem Gesetz haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verlängerung der Seilfahrt war zunächst ganz ungesetzlich. Die Lieferung der Brandkohlen ist nicht etwa ein Geschenk der Unternehmer, sondern die Arbeiter haben seit Altersher einen Anspruch darauf. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter plötzlich mehr Kohlen verlangt hätten, als sonst. Sie haben nur die normale Zahl von Wagen gefordert. **Ohne das schroffste Verhalten des Herrn Stinnes wäre es nicht zum Streik gekommen.** Wir wollen auch heute noch den Frieden, sind heute noch zu Verhandlungen bereit. Aber wir wollen allerdings nicht den Kirchhofsfrieden. (Sehr gut! bei den Soz.) Im Namen meiner Kameraden kann ich erklären: die Worte des Grafen Bülow haben so sympatisch bei uns gewirkt, daß wir auf eine friedliche Beilegung hoffen. **Der Handelsminister hat unsere Hoffnungen aber zerstört.** Wenn irgend etwas die Unternehmer in ihrem Starrsinn bekräftigt hat, dann war es die Rede des Handelsministers. Wenn in einem solchen Augenblicke der Minister, der so schlechte Erfahrungen mit den Zechenbesitzern gemacht hat, so spricht, wäre es ja ein Wunder gewesen, wenn die Unternehmer nachgegeben hätten. Bei den Stillegungen sagte Herr Stinnes: gleichgiltig, was Ihr sagt. **Wenn ich stillegen will, lege ich still!** Wo bleiben denn die **Gendarmen gegenüber den Zechenstilllegern?** (Hört, hört!) Jetzt will die Regierung vermitteln. Jahr für Jahr aber hat sie sich das Material von den Zechenbesitzern geben lassen, wenn es sich darum handelte, die Forderungen der Arbeiter im Reichstage zu bekämpfen. Jetzt brauchen die Unternehmer zur Begründung ihrer Ablehnung nur die Reden der Regierungsvertreter im Reichstage zu zitieren. Hätte sich die Regierung ein einziges Mal an die Arbeiter um Material gewandt, wäre ihr ihr Reinfall erspart geblieben. Man sagt, die Organisation habe versagt, die Führer hätten keinen Einfluß mehr. Jahrelang hat man den Streik hintangehalten und die Regierung auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Wenn dann schließlich das Maß zum Ueberlaufen kommt, dann ist es töricht, davon zu sprechen, daß die Führer keinen Einfluß hätten. Ich behaupte vor aller Welt, daß das Unternehmertum an der Ruhr den Streik systematisch heraufbeschworen hat. (Sehr richtig! links.) Wir können im Gegenteil sagen: Die Organisation hat ihre Probe in dieser Sache glänzend bestanden. Es heißt, die Streikenden seien junge Burschen. Es ist richtig, 52 Prozent sind unter 30 Jahre und nur fünf über 50 Jahre. **Die Bergarbeiter sterben zu schnell, das ist der Grund.** Der Redner begründet hierauf die einzelnen Forderungen der Interpellation. Die Interpellation verlangt zunächst Maßregelung wegen Umgehung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung und der Verrufserklärungen der Organisation durch die Zechenbesitzer. Weiter wird verlangt die Maßregelung wegen der Verletzung der Arbeitsordnung. Der Bergmannsberuf erfordert Todesmut und Idealismus. Freuen wir uns doch, daß der Bergmann solche Eigenschaften hat! Ein Kontraktbruch liegt nicht vor. Ein Kontraktbruch liegt nur dann vor, wenn ein Kontrakt vorhanden ist, nicht wenn lediglich ein vertragsloses Verhältnis bestanden hat. Die bindenden Erklärungen des Bergbaulichen Vereins vom 18. Mai 1889 — ich spreche nicht von dem Verlin er Protokoll — sind in fast allen Punkten verletzt worden. **20 bis 30 000 Bergleute haben wir heute schon im Ruhrgebiet zu viel. Trotzdem werden weitere Arbeiter aus Ostelbien herangeholt.** Viele Tausende dieser Arbeiter aus dem Osten möchten gerne wieder zurückkehren, wenn sie nur das Geld dazu hätten. Seit 1900 sind 31 000 Arbeiter im Ruhrgebiet in eine niedere Lohnklasse gesunken. Der dritte Punkt der Resolution richtet sich gegen das Nullen, das den Arbeiter um einen Teil seines verdienten Lohnes betrügt. Von einer deutlichen Kenntlichmachung des erforderlichen Wageninhaltes, wie sie die Gewerbeordnung vorschreibt, ist auf den meisten Zechen keine Rede. Das Allerunglaublichste an Nullen ist, daß der Arbeiter keinerlei Kontrolle über das Verbleiben seines Arbeitsproduktes hat. Wir verlangen Ersetzung des Nullens durch Abwiegen. Häufig werden Wagen genullt, die gar nicht gefahren worden sind. Es kommt vor, daß bei den Arbeitern genullt wird, die an dem betreffenden Tage gar nicht eingefahren waren. Kann man sich bei allen diesen Umständen und der Niedrigkeit der Löhne wundern, daß die Bergarbeiterschaft allmählich degeneriert. Trotz alledem wäre es doch nicht zu dieser Bewegung gekommen, wenn die Arbeiter nicht geradezu barbarisch behandelt worden wären. Die Arbeiter sind in diesen Streik direkt geprügelt worden. Das ist das Erhabene an diesem Umstand, daß ein großer Teil mitstreikt, der es materiell nicht nötig hätte, sondern nur aus Solidarität mit den mißhandelten Kameraden mitmacht. Im Ruhrrevier geht die Rede, daß die Arbeiter, die sich beschwert haben, gefragt wurden: Hast Du was mit dem Gummischlauch bekommen. Da liegen Gummischläuche auf. Bei der staatlichen Untersuchung werden die Arbeitervertreter hierfür Material aufbringen. Die ordinärsten Schimpfworte sind gang und gäbe. Systematisch versucht man das Ehrgefühl der Arbeiter zu ertöten. Was kann aus dem Vaterlande werden, wenn eine so wichtige Arbeiterschaft demoralisiert? Da sollte man es nicht verstehen, daß die Arbeiter zeigen, daß für sie die Treue noch kein leerer Wahn ist? Das sollte man nicht verstehen in dem Jahre, wo wir **Schillers 100. Todestag begehen?** In ihrem letzten Punkte führt die Interpellation aus, daß die Hüttenbesitzer systematisch darauf ausgingen, die Kohlenpreise heraufzuschrauben, und daß sie deshalb alles getan hätten, was den Streik zur Folge haben mußte. Das sehen weite Kreise allmählich ein. Durch den Streik von 1889 sind die Kohlenpreise in ungeheurer Weise gesteigert worden. Sind die Preise einmal in die Höhe getrieben, so werden sie auf dieser Höhe gehalten. Jetzt schon gehen sie um 30 bis 60 Prozent in die Höhe. Der Streik wird auch unzweifelhaft die Zechenfusionen und Stillegungen beschleunigen. Das Kohlensyndikat beherrscht den ganzen Kohlenmarkt und die ganze Kohlenschlepp schiffahrt auf dem Rhein. Wenn dem Treiben des Syndikats kein Einhalt geboten wird, wird es sich schließlich über den Staat stellen und sagen: Ich bin der Staat! Es handelt sich dabei nicht nur um preußisches Kapital, sondern in zunehmender Weise um ausländisches. Ist das nicht auch eine nationale Gefahr? Besteht da nicht die Gefahr, daß im Falle eines Krieges die Unternehmer streiken werden? Wenn die Regierung in diesen Punkten einsetzt, wenn sie die Stimme des Volkes gegen das Syndikat benutzt, um zugunsten der Arbeiter einzutreten, so wäre das ein Schritt von außerordentlicher politischer Bedeutung. Regierung und Arbeiter gegen das Syndikat, das muß jetzt die Parole sein! Wenn die Regierung dem Syndikat ihren Willen nicht aufzwingen kann, muß der Eindruck entstehen, die Regierung sei gegenüber den Unternehmern ohnmächtig. Wir haben keine Regierung mehr, sondern nur noch eine Verwaltung. **Die Bergarbeiter sind entschlossen, den begonnenen Kampf durchzuführen.** Das ganze Volk steht auf unserer Seite. An Mitteln soll es nicht fehlen. Möge die Regierung einschreiten zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität und des Rechts. Dann kann der Kampf einen Wendepunkt in der Geschichte bedeuten. (Lebhafter Beifall links.)

Reichskanzler Graf **Bülow:** Er habe am Montag im Abgeordnetenhaus ausgeführt, daß die Regierung in dem Streik eine doppelte Aufgabe habe, nämlich zuerst dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben, und dann, durch ihre Organe auf den Ausgleich der Gegensätze hinzuwirken und dadurch ein großes Unheil für das ganze wirtschaftliche Leben zu verhindern. Die preußische Regierung werde die vollen Machtmittel des Staates einsetzen, wenn im Ruhrrevier der Lohnkampf in Exzesse ausarte. (Zustimmung rechts.) Die bisherige ruhige Haltung der Arbeiter überhebe ihn nicht der Mahnung, sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. Insbesondere sei es Pflicht der Behörden, die persönliche Freiheit zu schützen; wenn der Mensch das Recht hat, zu streiken, so hat er auch das Recht, zu arbeiten. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Er beklage, daß noch keine Einigung zustande kam. Die zu Verhandlungen berufenen staatlichen Organe taten das ihrige und werden sich auch weiter bemühen. Die Schuld an dem Ausstand werde von den Parteien verschieden angegeben. Sollten die Vertreter der Grubenbesitzer die Wünsche der staatl. Kommission nach gemeinsamer Verhandlung mit den Arbeitervertretern ignorieren, so werde er das gerade so verurteilen, wie er die Einstellung der Arbeit ohne vorherige Kündigung mißbillige und bedauere. Es bedürfe sorgsamer Untersuchung, um das Mögliche von dem Agitatorischen und Utopistischen zu scheiden. In der Presse seien ihm Klagen begegnet über die angebliche Machtlosigkeit des Staates. Es handle sich um ein schwieriges Problem; die Arbeiterorganisation sei in Deutschland nicht aus wirtschaftlichen Bedürfnissen natürlich entstanden, sondern sei ein Werkzeug der politischen Parteien (Widerspruch.) Was uns nottut, das ist die Emanzipation der in Berufsvereinen organisierten Arbeiter von der Politik einer Partei, die jeden wirtschaftlichen Fortschritt der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung für ausgeschlossen erklärt und die im Streik nur ein Mittel sehe zur Schürung des Hasses, zur Stärkung des Klassengefühls im Parteiinteresse. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Redner hofft, daß der Streik nicht weiter um sich greife und daß die verführten Arbeiter und ihre Familien nicht in Not kommen.

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein.

Handelsminister **Möller:** Seine Mittel seien noch nicht erschöpft, aber zurzeit auf einen toten Punkt angelangt. Er habe sehr bedauert, daß die Arbeitgeber die kontradiktorischen Verhandlungen mit den Arbeitern ablehnen. Hoffentlich bleiben die Ausständigen im Staatsgebiet so ruhig wie bisher. Nur auf Grund der vorliegenden Akten habe er zugunsten der Arbeitgeber gesprochen. Bezüglich der Wurmkrankheit habe er das Mögliche getan. Was das Nullen betreffe, so betrage es im höchsten Falle 3 Prozent, nach neueren Berichten in einzelnen Belegschaften erheblich mehr. Er erwarte, daß alle, die den Frieden wollen, ihn nicht dadurch erschweren, daß sie eine Partei gegen die andere hetzen.

Abg. **Stötzel** (Zentr.) betont, daß die christlichen Gewerkschaften, die evangelische und katholische Arbeiter umfassen, lediglich wirtschaftliche Ziele verfolgen, um die Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Ueber den plötzlichen Ausbruch des Streiks habe ich mich gar nicht gewundert, ich habe nur mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Ausbruch sich bis zum Frühjahr verzögern könne. Die Organisationen wollen den Frieden erhalten und im Streikfall vermitteln. Aber wie kann das geschehen, wenn von der Gegenseite jede Vermittelung mit den Arbeitern abgelehnt wird. Die Arbeiter haben im Laufe der Jahre eine solche Behandlung erfahren, daß sie förmlich in den Streik hineingetrieben worden sind. Redner erörtert dann das des Näheren und erinnert zunächst an die Stillegung der Zechen, die in einer Versammlung des Börsenvereins in Düsseldorf für eine wirtschaftliche Notwendigkeit erklärt wurden, unbekümmert darum, daß tausende von Arbeitern dadurch arbeitslos wurden und ihr durch die Ersparnisse ganzer Generationen erworbenes Eigentum wertlos wurde. Die Arbeiter werden auch sonst in einer Weise behandelt, die nicht zu ertragen ist. Da handelt es sich nicht um einzelne Ausschreitungen und auch nicht allein um die Behandlung durch die Unterbeamten, sondern auch durch die höheren Beamten, denn nur die wenigsten lassen sich überhaupt darauf ein, mit den Arbeitern zu reden. Der Redner zählt die einzelnen Forderungen der Arbeiter auf und führt aus, daß sie größtenteils 1892 bei der Beratung der Novelle zum Berggesetz im preußischen Abgeordnetenhaus vom Zentrum schon vertreten worden seien. Dem Zentrum habe es an Voraussicht nicht gefehlt.

Ich habe das Unglück kommen sehen. Hätte man vor 13 Jahren seine Anträge angenommen, dann wäre der Streik nicht gekommen. Die Entscheidung über die Haltung der Zechen liege im Grunde nur in ganz wenig Händen. Da könne es nicht Wunder nehmen, wenn der Ruf immer allgemeiner werde, daß die Bergwerke verstaatlicht werden müßten. Von einem persönlichen Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgebern könne ja keinerlei Rede sein. Auch wenn man annehme, daß die Arbeiter wirklich den Kontrakt gebrochen hätten, so bleibe trotzdem der Ausbruch des Streiks leicht erklärlich. Bei den obwaltenden Verhältnissen sei es ganz natürlich, daß die Arbeiter auf ihre Führer nicht mehr hören wollten. Wenn die Unternehmer sich heute noch weigerten, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln, so sei das eine Schmach, eine Herausforderung der Arbeiter. (Beifall im Zentrum.) Redner verliest zum Schluß das Schreiben des Erzbischofs von Köln an die Streikleitung und schließt sich der darin ausgesprochenen Hoffnung auf baldige Verständigung an. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **v. Normann** (kons.): Wir müssen es ablehnen, in die Prüfung der Sache einzutreten, so lange die unter Kontraktbruch vollzogene Arbeitseinstellung (Lachen links) fortdauert. Sobald dieser Rechtsbruch beseitigt und die Arbeit wieder aufgenommen sein wird, werden wir in eine nach beiden Seiten wohlwollende Prüfung der Streitpunkte eintreten. Bis dahin erwarten wir, daß die staatlichen Organe mit voller Energie alles tun werden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Arbeitswilligen zu schützen. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler sich ganz in diesem Sinne ausgesprochen hat. (Beifall rechts, Lachen und ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Samstag 1 Uhr: Interpellation der Konservativen über die Handelsverträge und Fortsetzung der heutigen Debatte.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Petersburg, 20. Jan. General Kuropatkin meldet vom 18. Januar: Zwanzig Werst nördlich von Sinminting wurde am 16. Januar eine japanische Patrouille von einer kleinen Abteilung unserer Kavallerie überrascht. Vier Japaner wurden getötet, einer gefangen genommen.

w **Tokio,** 20. Jan. Man hat vorgeschlagen, einen Damm quer vor der Hafeneinfahrt vor Port Arthur zu errichten und das Wasser auszupumpen, als Vorbereitung, um die russischen Kriegsschiffe zu retten. Bei einer Diskussion über dieses Projekt erklärte ein japanischer Seeoffizier, unter gewöhnlichen Umständen würde sich ja eine so ungeheure Arbeit nicht lohnen, aber in Anbetracht der Anzahl der Fahrzeuge, die man dabei zu gewinnen hoffe, der geringen Tiefenverhältnisse und des geringen Umfanges des Hafens, wäre das Entwässern des Hafens die am wenigsten kostspielige Methode, die Schiffe für die Japaner nutzbar zu machen.

Letzte Post.

Paris, 19. Januar. Internationale Untersuchungskommission des Huller Falles. In dem englischen Protokoll heißt es: „Jedes Fischerboot, das sich in der Nacht zum 21. Oktober an der Doggerbank befand, trug in deutlicher Aufschrift hinten seinen Namen. Alle zeigten das vorgeschriebene Licht der Fischerboote und am Hinterteil ein weißes Licht. Die Signale wurden mit roten, grünen und weißen Lichtern gegeben. Gegen Mitternacht gab der Führer der Fischerflotte durch eine grüne Rakete das Signal, die Netze auszuwerfen. Die Fischerboote hatten eine Geschwindigkeit von $2^1/_2$ Knoten, trotz des Nebels war es keinen Augenblick unmöglich, das verschiedene Licht zu sehen. Die russischen Kriegsschiffe gingen in nördlicher und südlicher Richtung vorbei, gaben Signale, beleuchteten die Fischerboote und gaben Feuer auf sie. Das Feuer dauerte trotz der Signale der Fischerboote fort. Die Russen gingen dann weiter, ohne Hilfe anzubieten. Das russische Schiff „Aurora" wurde durch russische Geschosse getroffen. Auf den Fischerbooten befand sich kein Kriegsmaterial, kein Japaner war an Bord und ebensowenig war ein japanisches Kriegsschiff in der Nordsee. Ein Fischerboot ging unter, fünf erhielten Havarie. Zwei Mann der Besatzung wurden getötet, sechs verwundet. Die Fischerboote ließen sich keine Herausforderung zu Schulden kommen."

* **Athen,** 21. Jan. In der vergangenen Nacht fand in Thesalien ein heftiges Erdbeben statt. In Sharissa sind einige Häuser eingestürzt.

Die Arbeiterbewegung in Rußland.

Petersburg, 20. Jan. Eine aus 200 Arbeitern bestehende Abordnung begab sich heute Nachmittag in alle Werkstätten, Fabriken und Druckereien und forderte die Arbeiter auf, die Arbeit niederzulegen, widrigenfalls man gegen sie Gewaltmaßregeln anwenden würde. Alle kleineren Industriebetriebe in Petersburg befinden sich im Ausstand. Die Druckereien werden geschlossen. Heute Abend sollen in einer Versammlung die Bedingungen vereinbart werden.

Petersburg, 20. Jan. Die Tabakfabrik Schapshal erbat eine Kompagnie Soldaten zum Schutze, als 500 Arbeiter vor der Fabrik erschienen und die Einstellung der Arbeit forderten. Die Fabrik wurde geschlossen, die Arbeiter aber vereinigten sich mit der Menge, welche in das Etablissement eindrang und die Arbeits-Einstellung erzwang. Die Truppen machten von ihren Waffen keinen Gebrauch und kehrten in ihre Kasernen zurück, als sich die Menge entfernte.

w. **Petersburg,** 20. Jan. Die Arbeiter haben hier auf allen Werken und Fabriken der Stadt die Arbeit niedergelegt; morgen werden alle Unterschriften für die Petition an den Kaiser gesammelt. Die Versammlungen dauern fort. Der Priester Gapon hält Ansprachen an die Arbeiter. Man ist überall entschlossen, am Sonntag auf den Platz vor dem kaiserlichen Palais zu marschieren, selbst bei jedem nur denkbaren Widerstande, sogar wenn Truppen die Waffen gebrauchen sollten. Man hat sich entschlossen, keine Waffen mitzunehmen und sich der Gewalt nicht zu widersetzen. Die Arbeiter wünschen, daß der Kaiser selbst ihre Petition höre, sie weigern sich, sie Beamten zu übergeben. Der Priester Gapon hat versprochen, vor den Arbeitern in der Soutane mit dem Kreuz zu marschieren. Die Arbeiter erklären: Wir sind bereit, auf dem Platz vor dem Palais zu sterben. Wir verlangen ausdrücklich, daß der Kaiser erscheint und uns anhört.

w. **Petersburg,** 21. Jan. Die Petition der Arbeiter an den Kaiser lautet:

Wir Arbeiter, Bewohner Petersburgs, kommen zu Dir. Wir sind elend beschimpfte Sklaven und erstickt vom Despotismus und Willkür. Als die Grenze der Geduld erreicht war, stellten wir die Arbeit ein und baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber alles wurde abgelehnt. Alles ist nach Meinung der Fabrikanten ungesetzlich. Wir hier, viele Tausende, sowie das ganze russische Volk haben keine Menschenrechte. Durch Deine Beamten sind wir zu Sklaven geworden. Jeder, welcher es wagt, vom Schutz und den Interessen des Arbeiterstandes zu sprechen, wird ins Gefängnis geworfen. Der gesamte Arbeiter- und Bauernstand ist der Willkür überlassen. Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben aus den Staatsgeldern. Das Beamtentum brachte das Land in die größte Zerrüttung und bürdete ihm einen schimpflichen Krieg auf und führte Rußland immer mehr an den Rand des Untergangs. Das Volk ist jeder Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszudrücken und an der Festsetzung der Besteuerung und der Staatsausgaben teilzunehmen. Alles dies widerspricht natürlichem und göttlichem Recht. Wir wollen lieber sterben, als unter solchen Gesetzen weiter leben. Mögen unter solchen Verhältnissen die Kapitalisten und Beamten leben. Kaiser, hilf deinem Volke. Vernichte die Scheidewand zwischen Dir und deinem Volk. Möge das Volk vereint mit Dir regieren. Aus uns spricht nicht Dreistigkeit, sondern der Wunsch, aus einer uns Allen unerträglichen Lage herauszukommen. Eine Volksvertretung ist unentbehrlich. Es ist notwendig, daß das Volk selbst mitregiert. Befiehl, daß die Vertreter aller Stände und Klassen auch der Arbeiter berufen werden. Das ist unsere Hauptbitte. Wir haben aber auch noch andere. Die Petition zählt dann diese Wünsche auf, die hauptsächlich auf die verzweifelte Lage der Arbeiter sich beziehen. Die Petition schließt: Befiehl die Gewährung unserer Bitten, Du machst Rußland glücklich. Wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit und Glück oder das Grab. Wir bringen gern unser Leben Rußland zum Opfer.

w. **Petersburg,** 21. Jan. In der Puttiloffschen Fabrik wurde gestern bekannt gegeben, daß die Arbeiter, welche heute die Arbeit nicht aufnehmen, entlassen werden. Infolgedessen wurden zur Verhütung befürchteter Zusammenstöße zwischen Ausständigen und Arbeitswilligen die Militärpatrouillen vor der Fabrik verstärkt.

w. **Petersburg,** 21. Jan. Eine Abordnung des Adels des Gouvernements Minsk begab sich zum Minister des Innern, überreichte ihm im Namen des ganzen nordwestlichen Distrikts eine Petition, in welcher Gleichheit der Rechte für alle Nationalitäten und Klassen im Reiche gefordert wird. Die Abordnung bestand aus den Fürsten Drutzky, Sobolinski, Clubansky, Kiriakoff und Schauwansky. Der Minister antwortete, die Frage sei nicht nur in Angriff genommen, sondern bereits entschieden.

Petersburg, 21. Jan. Seit gestern Mittag haben die Arbeiter in vielen industriellen Werkstätten in allen größeren Topographien, sowie in allen Privat- und staatlichen Zeitungen die Arbeit eingestellt, sogar in Anstalten, wie der Akademie der Wissenschaften. Voraussichtlich stellt heute die Expedition der Staatspapiere die Arbeit ein. Der Ausstand in den Arsenalen nimmt zu. Bis jetzt ist es zu keinerlei Zusammenstößen gekommen. Die Polizei verhält sich passiv. Nichtsdestoweniger herrscht vollste Ordnung unter den Arbeitern. Versammlungen der Fabrikanten unter dem Vorsitze des Finanzministers zur Beratung von Maßnahmen gegen den Ausstand finden nicht mehr statt.

Vereinsanzeiger.

Achern. Die Parteigenossen werden ersucht, womöglich vollzählig zur morgigen Versammlung nach Kappelrodeck im Saale des Rebstock, nachmittags halb 3 Uhr, zu erscheinen, da wir in Achern das bisherige Lokal nicht mehr bekommen. Treffpunkt: An der Haltestelle der Lokalbahn um halb 2 Uhr. 249

Freiburg („Verband jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge). Sonntag den 22. Januar, nachmittags halb 3 Uhr, Versammlung bei „Schwanke", Belfortstr. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Quittung.

Für die streikenden Bergarbeiter sind bei der Expedition des „Volksfreund" weiter eingegangen:

Durch R. G. 3 Mk., Erfartet 13,00 Mk., vom Dördele 9 Mk., zus. 25,60 Mk. Oberscharfmacher 10 Pf., von Pforzheim vom Stammtisch des Double-Barons Kutscheks' 6 Mk., von einem Zentrumsmann 1 Mk., gesammelt in der „Lassalia" nach der Singstunde (1. Rate) 5 Mk., von den alten Gruppen 1, 2 und 3: 3 Mk.

Bis jetzt quittiert 71,40 Mk., zusammen 112,40 Mk.

Weitere Beiträge nimmt entgegen

Expedition des Volksfreund.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Aus Baden, Feuilleton und Telegramme: Wilh. Kolb; für den übrigen Teil: Albert Willi; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe

für

Karneval-Veranstaltungen

liefern wir alle

Druck-Arbeiten

unter Verwendung moderner Vignetten in sauberster Ausführung bei billigster Berechnung.

Buchdruckerei u. Verlag des Volksfreund, Geck & Cie.

Karlsruhe, Luisenstrasse 24.

Stadtgarten.

Samstag den 21. Januar 1905, abends von 7 bis halb 10 Uhr

Nacht-Fest

(auf der Eisbahn des Stadtgartensees beziehungsweise des Schwanensees.)

Konzert

der Kapelle ehemaliger Militärmusiker.

Leitung: Kapellmeister A. Hofmann.

Eintritt:
- Eisbahn-Abonnenten . . . . . 10 Pfg.
- Stadtgarten-Abonenten, sofern sie auf die Eisbahn nicht abonniert sind . . . . . 25 Pfg.
- Nicht-Abonenten des Stadtgartens und zugleich Nicht-Abonennten der Eisbahn . . . . 40 Pfg.

Kinder und **Soldaten** zahlen jeweils die **vollen Preise.**

Die Tages- und Musikkarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Die Musikabonementskarten haben in diesem Falle keine Giltigkeit.

NB. Lampions zu **35** Pfg. das Stück sind im Bootshäuschen bei der Eisbahn beziehungsweise beim Schwarzwaldhaus käuflich. 256

Hornberger **Kleider**-Filiale **Herrmann Friedrich** Herren- u. Knaben-Konfektion Schützenstrasse 19. Durlach: Hauptstr. 69. 256

Sozialdemokr. Verein Pforzheim.

Sonntag den 29. Januar 1905, nachmittags 2 Uhr, findet die

Generalversammlung

im Lokal zum „Tivoli" statt.

Tagesordnung:

1. Statutenänderung (§ 6)
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Wahl der Delegierten zum badischen Parteitag.
5. Organisation und Agitation.

Anträge zur Generalversammlung sind spätestens 3 Tage vorher an den Vorstand einzureichen. Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein.

Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell Freiburg i. B.

Montag den 23. Januar, abends 8 Uhr im Kornhaussaal (Münsterplatz)

Rezitations-Abend

des Herrn Walkotte.

Programm: **Das VII. Gebot** von Heyermanns jr.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf beim Kartellkassier und Vorsitzenden zum Preise von **20 Pfg.** erhältlich.

Zum Besuche ladet ein 211.2

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein u. Radler-Klub Hagsfeld. 204

Samstag den 21. Januar, abends 8 Uhr,

im Gasthaus zum „Hirsch"

Christbaum-Feier

verbunden mit **Gaben-Verlosung, Radsportlichen Aufführungen und Tanz.** Parteigenossen und Freunde sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Komitee.

Festhalle.

Morgen, Sonntag den 22. Januar 1905, nachmittags 4 Uhr

Streich-Konzert

der Kapelle des

1. Badischen Leib-Dragoner-Regiments Nr. 20.

Leitung: **Fritz Köhn.**

Eintritt: Abonnenten **20** Pfg. / Nichtabonnenten **60** Pfg.

Programm **10** Pfg. 253

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Die Konzertabonnementskarten haben Gültigkeit.

Arbeitsvergebung.

Zum Rathaus-Neubau in Bulach werden nachfolgende Arbeiten im Submissionswege vergeben:

1. Gipserarbeit.
2. Glaserarbeit und Fensterbeschläge.
3. Schreinerarbeit.
4. Schlosserarbeit.
5. Maler- und Tünchererarbeit.
6. Rolladenlieferung inkl. Montieren.
7. Tapezierarbeit.
8. Installationsarbeit.

Pläne und Bedingungen liegen vom **Montag den 23. ds. Mts. bis inkl. Freitag den 27. ds. Mts.** in den üblichen Geschäftsstunden im Bureau des Unterzeichneten auf.

Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift Submission 2c. bis zum

Samstag den 28. ds. Mts.

zu richten an den Gemeinderat in Bulach.

Karlsruhe den 12. Januar 1905.

Hugo Slevogt, Architekt, Karlstraße 91. 248 2

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle
für Frauen, Dienstag Abend 7—½9 Uhr, **Kriegstr. 44.**

Restauration zum Rheinhafen.

Mühlburg, Hardtstraße 2.

Heute Samstag den 21. Januar, abends halb 8 Uhr

grosses Komikerkonzert

von dem beliebten Humoristen **Beck.** 257

Es ladet ergebenst ein

Hermann Donninger, Metzger u. Wirt.

!! Total-Ausverkauf !!

Die Restbestände unseres Warenlagers geben von heute ab

zu jedem Preis.

L. S. Leon Söhne

Kaiserstrasse 175. 250

Schluss des Ausverkaufs: 31. Januar.

Dürrobst:

Birnenschnitze	Pfd. **18**	Pfg.
Zwetschgen	Pfd. **22** u. **16**	„
Pflaumen, kalifornische . . .	Pfd. **28**	„
bei Kistchen von 25 Pfd.	an à **23**	„
Pflaumen, kalifornische .	Pfd. **34** u. **40**	„
bei Kistchen von 25 Pfd.	an à **26** u. **34**	„
Edelbirnen	Pfd. **65**	„
Aprikosen	„ **70**	„
Dampfäpfel	„ **40**	„
Kirschen	„ **30**	„
Kranzfeigen	„ **25**	„
Kistenfeigen (Riesen) .	Pfd. **45** u. **65**	„
Datteln	Pfd. **30**	„
Dürrobst gemischt	„ **25**	„
„ fst.	„ **40**	„

255

Fr. W. Hauser,

Kaiserstrasse 76, Waldstrasse 65.

Einige tüchtige ehrliche

Trägerinnen

werden für die West- und Altstadt auf 1. Februar

gesucht.

Anmeldungen nimmt entgegen nachmittags von 3 Uhr ab

Die Expedition dieses Blattes.

Kohlenstreik.

Wir sind in der Lage, sämtliche Sorten 250

Kohlen, Koks, Briketts

zu unseren seitherigen billigen Preisen abgeben zu können.

Fahrer & Co.

Bureau: Waldstrasse 35. — Telephon 28.

Bruchsal.

Den hiesigen Parteigenossen und Volksfreundlesern diene zur Nachricht, daß ich mit dem neuen Jahre die Expedition des „Volksfreund" für hier übernommen habe. Der „Wahre Jakob" sowie alle Schriften und Bücher unserer Parteiliteratur können bei mir bestellt werden. **Friedrich Schäufele,** Kaiserstr. 82, Hinterhaus.

Verband der Gemeindearbeiter.

Filiale Karlsruhe.

Samstag den 21. Januar 1905, abends halb 9 Uhr, in der **„Wolfsschlucht"** (Schützenstraße)

Mitgliederversammlung.

Wichtige Tagesordnung. Gäste sind willkommen. Die Mitglieder werden gebeten, da eine Einladung durch Handzettel nicht erfolgt, für guten Besuch der Versammlung zu sorgen

Der Vorstand.

Freie Turnerschaft

Pforzheim.

Sonntag, den 22. Januar

Turnfahrt

der Turner nach **Wilferdingen.**

Daselbst Zusammentreffen mit den Turngenossen von Karlsruhe.

Abmarsch punkt 12 Uhr vom Bahnhof. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Turnwart.

Gewerkschafts-Kartell

Bruchsal.

Morgen **Sonntag den 22. Jan., nachmittags 3 Uhr,** im „Einhorn" kombinierte

Gewerkschaftsversammlung

Hierzu sind sämtliche Gewerkschaftsmitglieder sowie die Gewerbegerichtsbeisitzer freundlichst eingeladen.

258 Die Kommission.

Möbliertes Zimmer

an anständigen Arbeiter zu vermieten. Durlacherstr. 55.

Gänselebern

werden fortwährend angekauft. 4178

Erbprinzenstraße 21, 2. St.

Vergebung von Anstreicherarbeiten.

Der Anstrich verschiedener Fahrzeuge und einer Pferde-Straßenwalze (zusammen 32 Stück) soll vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis

Donnerstag den 26. Januar, vormittags 10 Uhr,

beim Tiefbauamt einzureichen, woselbst die Bedingungen zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare abgegeben werden. 219.2

Karlsruhe den 18. Jan. 1905.

Städt. Tiefbauamt.

Lieferung von gußeisernen Kanalisationsbestandteilen.

Die Lieferung von ca. 29340 kg gußeisernen Kanalisationsbestandteilen soll vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis 236.2

Samstag den 28. Januar 1905, vormittags 10 Uhr,

beim Tiefbauamt einzureichen, woselbst die Bedingungen und Zeichnungen zur Einsicht aufliegen und Angebotsformulare abgegeben werden.

Karlsruhe den 19. Jan. 1905.

Städt. Tiefbauamt.

Für Brautleute!

Zwei hochhäupt. Bettladen, 2 Röste in Fasson gearb., 2 bess. Matratzen, 2 Polster, 1 Nachttisch mit Marmorplatte, Waschkommode mit Marmorplatte, 1 Chiffonniere, 1 viereckiger Tisch mit Eichenplatte, 4 Stühle, 1 Sofa, 1 Kommode, 1 Spiegel, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, 2 Hocker sind um den spottbilligen Preis von 350 Mk. zu verkaufen. Die Sachen sind alle neu poliert. Näh. Waldstr. 14, parterre. 254